

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

30.8.1923 (No. 200)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Karlstr. 14
Karlstr. 14
Karlstr. 14

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Reckert
Carl Aug.
Geysler,
Karlsruhe.

Abzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für August 850 000 M. — Einzelnummer 100 000 M. — Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder...
Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder...
Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder...

Amtlicher Teil

Rhein- und Ruhrabgabe von Kraftfahrzeugen

Das Gesetz über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlass der Ruhrbesetzung vom 11. August 1923 unterwirft im Artikel II die Personentreife, denen die Gestattung der Wirtschaft die Aufwendungen für das Halten eines Kraftfahrzeugs gestattet, einer einmaligen außerordentlichen Abgabe. Die Abgabe ist von allen natürlichen und juristischen Personen zu entrichten, die beim Inkrafttreten des Gesetzes d. h. am 15. August 1923 ein Kraftfahrzeug im Eigenbesitz hatten, gleichgültig, ob sie das Kraftfahrzeug selbst benutzen oder an andere Personen vermieten. Von der Abgabe befreit sind, abgesehen von dem im Besitz des Reichs, der Länder und Gemeinden befindlichen Kraftfahrzeugen, solche Kraftwagen, die ausschließlich der Ausübung des öffentlichen Fuhrpallergewerbes dienen, ferner Kraftkraftwagen, Kraftkraftwagen, Zugmaschinen, Feuerweh- und Krankenfahrzeuge, Kraftfahrzeuge im Besitz von Personen, die im Inland weder Wohnsitz, noch dauernden Aufenthalt, noch Grundbesitz oder Gewerbebetrieb haben, unterliegen nur dann der Abgabe, wenn für das Kraftfahrzeug eine Jahressteuerkarte gelöst worden ist und sich das Fahrzeug auf Grund dieser Steuerkarte am 1. August 1923 im Inland befunden hat.

Die Abgabe beträgt für jedes Kraftfahrzeug das Fünftel der am 1. September d. J. gültigen Kraftfahrzeugsteuer, die bis spätestens 5. September 1923 an das zuständige Finanzamt unaufgefordert zu bezahlen. Für ein Personenkraftfahrzeug von 2 Pferdestärken beträgt die Abgabe z. B. 20, für einen solchen mit 16 Pferdestärken 200, für einen solchen mit 24 Pferdestärken 3000 Millionen Mark.

Wird die Abgabe nicht rechtzeitig entrichtet, so verliert die für das Fahrzeug bereits gelöste Kraftfahrzeugsteuerkarte mit dem Beginn des 6. September 1923 ihre Gültigkeit; die Steuer ist nach den zur Zeit der neuen Zahlung geltenden Vorschriften nochmals zu entrichten. Wird die Abgabe später als eine Woche nach dem Zeitpunkt der Fälligkeit, also nach dem 12. September 1923 entrichtet, so sind außerdem beträchtliche Zuschläge zu zahlen. Diese betragen für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat 400 v. H. der rückständigen Steuer. Wird z. B. die Abgabe erst am 14. September entrichtet, so ist als Verzugszuschlag der vierfache Betrag der Abgabe außer der Abgabe zu entrichten. Die Steuerkarten sind mit einer Bescheinigung über die Entrichtung der Rhein-Ruhrabgabe zu versehen; Karten, auf denen diese Bescheinigung fehlt, verlieren mit dem Beginn des 6. September 1923 ihre Gültigkeit. Bei der Zahlung sind deshalb die alten Steuerkarten dem Finanzamt vorzulegen. Wird der Abgabebetrag bargeldlos bezahlt, so ist die vom Finanzamt erteilte Bescheinigung mit der Steuerkarte durch Anheften zu verbinden. Über die Höhe der Abgabe und alle weiteren Einzelheiten erteilen die Finanzämter Auskunft.

Nach der belgischen Antwort

Über die Haltung Englands nach der belgischen Antwort liegt nun folgende Kundgebung aus London vor:

Weiter erfährt mit Bezug auf den in der belgischen Note enthaltenen Vorschlag, informelle Unterredungen zwischen den Alliierten Ministern über die Reparationsfrage stattfinden zu lassen, aus nicht offizieller, aber gut unterrichteter Quelle, daß die britische Regierung nichts bereit wäre, an beratenden Unterredungen teilzunehmen, wenn Aussicht bestünde, daß diese Unterredungen Erfolg hätten. Man sei aber der Ansicht, daß, wenn Frankreich und Belgien auf dem in ihren bisherigen Noten dargelegten Standpunkt verharrten, solche Unterredungen schlimmer als zwecklos sein würden. Der englische Standpunkt könne bei Verhandlungen nur gewinnen, wenn diese öffentlich seien. Großbritannien könne der Wiederaufnahme der diplomatischen Erörterungen nur dann zustimmen, wenn die Alliierten klar das Verlangen nach einem Abkommen und die Bereitschaft ausdrückten, ihre Stellungnahme so zu ändern, wie es die Lage erfordert.

Die „Ref. Bla.“ schildert in einem Artikel die Stimmung in England. Die Frage, welche Mittel hat England heute gegen Frankreich, stellt sich zurzeit mancher Engländer, der einseht, daß die Passivität Bonar Law's Frankreich gestattet hat, Tatsachen zu schaffen, die lediglich mit Worten nicht mehr zu beseitigen sind. Man sieht auf der Länge zu den Formen der Vorkriegszeit zurückgekehrten britischen Insel die Zudringen unseres Wirtschaftskörpers und hält sie vielfach für die letzten Zudringen eines bereits abgewanderten Handelskreises. Man glaubt nicht mehr an eine Aufkommensmöglichkeit Deutschlands in der Gegenwart und jenen die belgische Politik danach einzurichten. Die Zeitschrift „The Outlook“ empfiehlt zweierlei: 1. Ein förmliche Mitteilung an Frankreich, daß Großbritannien irgendwelche Änderungen in den gegenwärtigen Gebietsgrenzen Deutschlands nicht anerkennen werde; 2. mit oder ohne Zustimmung Deutschlands die Besetzung der deutschen Nord- und Ostküsten durch Großbritannien. Die Besetzung soll einmal England seinen Reparationsanteil garantieren, und sie soll zweitens gegenüber Frankreichs Nachschub das Gleichgewicht wieder herstellen. Kapitullert Deutschland oder bricht es zusammen, so wird Frankreich an Ruhr und Rhein bleiben und diese beiden Gebiete zu seinem eigenen Vorteil ausbeuten. Großbritannien ist

zwar freundlich eingeladen, dabei mitzulassen, aber da es keine Lust hat, sich als kleiner Aktionär an einem Unternehmen zu beteiligen, das vorwiegend französisch sein und zur Vergrößerung der französischen Machtstellung dienen soll, so muß es, nach der Meinung von „The Outlook“, danach trachten, auf andere Weise auf seine Kosten zu kommen. Das könnte in den deutschen Häfen geschehen, wo die deutschen Ein- und Ausfuhrzölle für England zu erheben wären und von wo die Anwesenheit der britischen Kriegsjlotte ein Gegengewicht gegen die französischen Kanals und Kanonen an Rhein und Ruhr ausüben könnte. Die Ansicht der genannten Zeitschrift steht in England nicht vereinzelt da. Der Plan, Hamburg zu besetzen, ist in englischen Kreisen schon früher erörtert worden, und zwar in einem offen frankfeindlichen Sinne. Man befürchtete, daß Frankreich selber zu dieser Maßnahme schreiten könnte, um die englische Kohlenzufuhr nach Deutschland zu verhindern, da diese dem deutschen Widerstand eine große Hilfe ist, und wollte deshalb den Franzosen zuvorkommen. Dem, was „The Outlook“ aber jetzt vorschlägt, fehlt jeder wohlthätige Schein. Noch hat freilich dieser Vorschlag keine Aktualität, aber er zeigt, welchen Gefahren wir ausbleiben und welche Einträge wir hervorbringen, wenn wir weiter der Argwohnwelt das Bild der Willenslosigkeit bieten. Wir haben jetzt eine neue Regierung. Stellen wir uns hinter sie mit aller unserer Kraft,

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Sie sichern dem einzelnen Kapital und Zins entsprechend dem jeweiligen Stande des Dollars.

Keine Börsenumsatzsteuer — keine Erbschaftsteuer für das selbstgezeichnete Stück.

Beste Anlage auch für kleine Beträge.

B. 746

hätten wir ihre Entschlüsse und führen wir mit strengster Royalität alle ihre Entscheidungen aus, damit sie wirklich eine Regierung werde, und das Ausland nicht den Glauben an unsere Lebenskraft verliere.

Ein großer Teil der offiziellen und der linksstehenden englischen Presse hebt lediglich die negativen Seiten der belgischen Note hervor und lehnt sowohl den Vorschlag einer neuen Verteilung der Reparationsquoten als auch die Anregung weiterer vertraulicher Besprechungen ab. Die „Times“ dagegen entschuldigt sozusagen Belgien, das, obwohl durch seine geographische Lage gezwungen, die französische Politik mitzumachen, einen wenn auch schwächeren Versuch unternimmt, die Rolle des Vermittlers zu spielen. Das Blatt legt bei seiner Betrachtung der gegenwärtigen Situation weniger Gewicht auf die vereinzelten Abweichungen des belgischen Dokuments von dem französischen Standpunkt als auf den Eindruck, daß hier das Reparationsproblem rein finanziell einer Lösung nähergebracht sei, da nunmehr die Hauptinteressen ihre Ansprüche im Ganzen lediglich genau innerhalb der Grenzen halten, die der englische Plan vom Januar für die deutschen Reparationsleistungen vorgesehen habe.

Der diplomatische Berichtstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen herrsche allgemein die Ansicht, daß die belgische Note nicht dazu beitrage, eine praktische Vereinbarung der Alliierten zu fördern und daß ihr Inhalt sehr enttäuschend, da sie, selbst von der finanziellen Seite betrachtet, nur wenig konstruktives biete. „Daily Telegraph“ bedauert, daß die belgische Regierung nicht einen eigenen konstruktiven Plan für eine allmähliche Minderung des Ruhrgebietes vorgelegt habe wie man hier noch vor kurzem erwartet habe. Es müsse daher angenommen werden, daß die französische Regierung einen solchen Plan ungenutzt gesehen hätte, ihren Alliierten deshalb überredet habe, ihn nicht zu veröffentlichen. Das Blatt ist der Ansicht, wenn eine Unterhaltung aufrichtig gewünscht werde, so sollte sie stattfinden, wenn auch nur, damit man sehe, ob und bis zu welchem Grade die Erklärung des neuen deutschen Kanzlers die Lage verändert habe. Das Blatt hebt hervor, daß in der belgischen Note kein weiteres Wort über den Vorschlag, eine internationale Sachverständigenkommission einzuberufen enthalten sei; es könne daher angenommen werden, daß Belgien auf der früheren Politik, der am 30. Juli dargelegten, beharre. Bezüglich des Ruhrgebietes sei die belgische Note einfach das Echo der französischen.

London, 29. Aug. Der deutsche Botschafter Sthamer begibt sich heute Abend nach Berlin.

Ausdehnung der Besetzung?

Der Kölner Vertreter der „Times“ meldet seinem Blatt, daß die Einschließung der englischen Zone durch französische Posten erneut Schwierigkeiten hervorgerufen habe. Die Franzosen weigerten sich nämlich, die Gültigkeit der besonderen Pässe anzuerkennen, die von den Engländern für die Dauer der gegenwärtigen Sperre ausgestellt werden. Hinsichtlich der

in der letzten Zeit aufgetretenen Gerüchte über eine Ausdehnung der Besetzung auf eine Reihe weiterer Städte sagt der Berichtstatter, es werde behauptet, daß das Siegerland zusammen mit dem Sauerland, und zwar bis Münster hin besetzt werden soll, desgleichen das ganze Gebiet zwischen Rhein und einer Linie, die von Münster bis Limburg verläuft. In diesem Zusammenhang sei bedeutungsvoll, was die Deutschen das schleichende Vordringen nennen; die stille Besitzergreifung von einer neuen Stadt alle zwei bis drei Wochen, wie es seit längerer Zeit zwischen Limburg und Frankfurt a. M. vor sich geht.

Landau, 28. Aug. Bezirksamtmann Scheerer von Landau stand vor dem französischen Kriegsgericht unter der Anklage, sich geweigert zu haben, einem Befehl des Delegierten nachzukommen, wonach er zu einer gemischten Patrouille zum Abgehen des Bahnhofs deutsche Gendarmen bestellen sollte. Der Angeklagte erhielt ein Jahr Gefängnis. Wegen ironischer Haltung und herausfordernden Benehmens einem französischen Hofstaatschef gegenüber anlässlich des Abfahrens von Holz aus dem Staatswald wurde Valentin Becker, Holzhändler und Bürgermeister von Garbenburg, zu sechs Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Ludwigshafen, 29. Aug. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat die französische Eisenbahnregie die Bahnhofsbuchhandlungen im besetzten Gebiet insgesamt an die Firma Gachette in Paris vergeben. Der deutsche Bahnhofsbuchhändler in Ludwigshafen, der bisher ohne Nachzahlung an die französische Eisenbahnregie seinen Gewerbe nachging, wurde am 15. August durch einen Vertreter der Firma Gachette verdrängt, und zwar unter Beschlagnahme seines Verkaufshandes und seines Wagens.

Darmstadt, 29. Aug. Die Grenzsperrung wurde wesentlich verschärft. Die Franzosen sind an einigen Stellen dazu übergegangen, etwas in das unbesetzte Gebiet vorzudringen und Straßen, die in unmittelbarer Nähe des besetzten Gebietes liegen, mit in das besetzte Gebiet hineinzuziehen. Sie haben diese Straßen stellenweise aufgerissen, so daß der Fahrverkehr unmöglich wurde.

Mainz, 29. Aug. Heute morgen wurde der Vorsitzende der freien Gewerkschaften in Mainz, Stadtverordneter und Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Wilhelm Thomas, von den Besatzungsorganen verhaftet. Die Ursache der Verhaftung ist nicht bekannt.

Köln, 29. Aug. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Serne: Der Steuerassistent Wielgerner ist bei dem Versuch, die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu überschreiten, von den Franzosen erschossen worden.

Über Bochum wurde gestern nachmittags der Belagerungsstand wegen angeblicher Verletzung eines angetrunkenen französischen Offiziers verhängt. Als Sanktion wurde die sofortige Einstellung des Straßenbahnverkehrs mit Ausnahme der Linie nach Gattungen und Herne verfügt. Weitere Sanktionen stehen bevor.

Münster, 29. Aug. Auf der Wohnstation Hammerstein bei Bohlwinkel wurden gestern von den Franzosen fünfzig Personen, die im Besitz englischer Geleitzcheine waren, festgenommen, schwer mißhandelt und in das unbesetzte Gebiet abgeschoben. Die englischen Pässe wurden zerrissen. Das Pollamt Bohlwinkel wurde von den Franzosen besetzt. Der Zollinspektor und vier weitere Beamte sind festgenommen worden.

Stimmen zum Kabinett Stresemann

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt über das Gerücht von der Notwendigkeit einer Diktatur:

„Die große Wille im politischen Vaterland des Deutschen lautet bis jetzt: „Unsere tägliche Selbsttäuschung gib uns heute.“ Um diese tägliche Selbsttäuschung haben nicht nur die Wahlen gestimmt, sondern auch kleine Fische, die sich für besonders emsichtig hielten, weil sie die Minorität vertraten, bei der bekanntlich immer der Verlust sein soll. In der täglichen Selbsttäuschung haben Stadt und Land, Verbraucher und Erzeuger, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht auch zuletzt die großen Teile der politischen Parteien und maßgebende Regierungskreise gelebt. So sind wir dahin gekommen, wo wir heute stehen. Statt aber jetzt endlich wieder um das tägliche Brot zu bitten, flammte eine letzte Selbsttäuschung auf.

Kommunisten und bürgerliche Stimmen betonen in sich mehrendem Maße, daß die Regierung der großen Koalition unter der Kanzlerschaft Stresemanns die letzte Möglichkeit sei, Deutschland auf legalem parlamentarischem Wege vor dem äußeren und inneren Zusammenbruch zu retten. Es bleibt aber nicht bei dieser Behauptung, sondern es wird gleichzeitig deutlich und verständlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschlands Rettung nicht von der großen Koalition, sondern von der Diktatur zu erwarten sei, die nach dem unausbleiblichen Zusammenbruch der großen Koalition errichtet werden müßte. Die Hoffnungen der Linksradikalen gehen dabei auf eine kommunistische Diktatur, die der Rechtsradikalen auf eine faschistische Diktatur. Diese Hoffnungen sind in Wirklichkeit die letzte Selbsttäuschung. Es sind wohl einzelne Diktaturen in Deutschland möglich, nicht aber eine einzige, die instand wäre, das ganze Reich und alle seine Kräfte zusammenzufassen. Ebenfalls wie sich eine Linksdiktatur etwa in Bayern durchsetzen würde, könnte dies eine Rechtsdiktatur in anderen Teilen des Reiches. Die Errichtung von Diktaturen würde in jedem Falle die Auflösung des Reiches und das Ende der deutschen Zukunft bedeuten. Wer also mit dem Gedanken der Diktatur auch nur spielt, soll sich auch dieser Konsequenzen bewußt sein.“

Wer sich aber noch den Glauben an die deutsche Zukunft und sei sie zunächst noch so bescheiden, bewahrt hat, der stelle sich, so schließt die Korrespondenz, und seine Kraft der jetzigen Regierung im Interesse des Reiches zur Verfügung. Erst recht, wenn sie wirklich den letzten Versuch einer legalen Regierung darstellen sollte. In jedem Falle ist sie aber der erste Versuch einer großen organisatorischen Zusammenfassung aller arbeitswilligen Elemente des Parlaments.

Der Altmeister der sozialistischen Theorie, Karl Kautsky, äußert sich im Prager „Sozialdemokrat“ entschieden zugunsten der neuen Regierung der Großen Koalition. Er rechnet dabei mit dem kommunistischen Schlagwort einer Arbeiter- und Bauernregierung ab, indem er sagt:

„Gerade die Bauern waren bisher die stärkste Stütze der Inflationspolitik, gerade sie haben sich am energischsten gegen jede größere Besteuerung gewehrt. Und dabei ist der deutsche Bauer über das revolutionäre Stadium längst hinaus; er ist zum reaktionärsten Faktor unter den Massen der deutschen Gesellschaft geworden; ohne ihn bestände die Stütze und Stütze der deutschen Revolutionäre sein! Gedankenlosler kann man wohl nicht fremde Schlagworte einer früheren Zeit aufnehmen und propagieren! Eines aber zeigt das Schlagwort von der Bauern- und Arbeiterregierung deutlich. Es beweist, daß selbst die Kommunisten an der augenblicklichen Möglichkeit einer reinen Arbeiterregierung zweifeln. Eine Bauern- und Arbeiterregierung ist auch nur eine Koalitionsregierung. Aber ausgerechnet eine solche mit den schlimmsten Feinden des Proletariats. Das Wort der Bauern- und Arbeiterregierung soll nur eine Verschleiierung der Idee jener Koalitionsregierung sein, die von den Kommunisten mit den extremen Nationalisten angelehrt wird. Die Regierung Stresemann-Gilferding soll geführt werden, um der Koalition Habel-Eubendorff und Koenen-Dilger Platz zu machen. Diese Koalition und nicht eine reine Arbeiterregierung ist augenblicklich die einzige Alternative der großen Koalition. Damit ist die Gegnerschaft gegen diese genügend gekennzeichnet.“ — Kautsky bezeichnet die jetzige Regierung als den letzten Pfeil im Köcher Deutschlands. „Es hat keinen zweiten zu versenden.“

Der bekannte konservative Adam Röber schreibt in seiner „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ unter der Überschrift „Selbstbesinnung“ u. a. folgendes: „Die Revolution hat gewiß viel verschuldet. Das braucht an dieser Stelle wahrlich nicht gesagt zu werden; aber sie entstand nicht von ungefähr, und nur ganz gewissenlos, bemutigt läugerliche Gattungen kann behaupten, es wäre besser, wenn wir den alten Staat nach hätten. Nicht um ein Jota wäre es anders, auf keinem Gebiet, wenn Deutschland noch monarchisch wäre. Wohl aber darf man sagen, daß die Arbeit des Wiederaufbaues noch schwieriger geworden wäre, als sie es schon ist.“ Zum Schluß führt Röber den Deutschnationalen und Rechtskonservativen nachstehendes zu Gemut: „Daß der heutige „Konservatismus“ nichts anderes weiß, als die terroristischen Zerstörungsakte der sozialistisch-kommunistischen Revolutionsmänner in geistloser Analogie nachzumachen, daß er Roheit, Raffgier, Mammonismus, libertinstisch aufgepöbelte Lechzucht brüchiger Existenzen mit dem „nationalen“ Vorgehen verachtet und so die Gesundung unseres Volkes verhindert das ist kein Verbrechen, das er an der Nation begeht. Die unparteiische Geschichte wird ihn dafür für alle Zeiten an den Pranger stellen.“

Wald nach der beinahe einstimmigen Verabschiedung der neuen Steuerergänzung im Reichstag hat in einem Teil der Öffentlichkeit eine lebhaftere Agitation gegen ihre Durchführung begonnen, zum Teil ausgehend von Industriellen-Kreisen, überwiegend aber von großgrundbesitzer Seite. Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ die Kampfsparole ausgegeben, indem er schrieb, daß den Deutschnationalen gerade ihre Zustimmung zu den neuen Steuern den Rücken freimache zu „rückwärtsloser Bekämpfung der brutalen Steuerpolitik des Herrn Gilferding“. Noch deutlicher ist die Kreisgruppe Stolz des bekannten Pommerischen Landbundes, die ihre Mitglieder auffordert, sich als bald Beweismittel zu beschaffen, die die Unmöglichkeit rechtzeitiger Zahlung darzulegen könnten; wenn die Regierung es unternehmen sollte, von den Verpflichteten Strafbefehle zu verhängen, dann müßte ihr der geschlossene Widerstand aller ehrenhaften Landwirte entgegengestellt werden.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu: Die Deutschnationale Volkspartei hält jetzt, obwohl sie im Reichstag den neuen Steuern zugestimmt hat, da die Regierung nicht mehr unter der Leitung des Herrn Cuno steht und Herr Helfferich nicht mehr erster Berater des Kabinetts ist, augenscheinlich die Zeit für gekommen, gebet hinter patriotisch klingenden Phrasen die Steuerfiskus ihrer Anhänger mobil zu machen, um eine energische Steuerpolitik von vornherein zu sabotieren. Bis jetzt hat, soviel wir wissen, der neue Reichsfinanzminister noch keine Stundung und kein Befreiungsgesuch, das mit Rücksicht auf die neuen Steuern eingereicht wurde, genehmigt. Der Minister und mit ihm die ganze Reichsregierung wird gerade den Kreisen gegenüber, die jetzt offen zur Steuerfiskus aufzufordern, äußerste Strenge an den Tag legen müssen, um ihren Widerstand zu brechen. Es wäre verhängnisvoll, wenn man sich in der Regierung durch das Weglassen gerade dieser potenten Steuerpflichtigen, die jetzt endlich in gleichem Maße wie die andern Deutschen Steuern zahlen sollen, irgendwie imponieren ließe. Die „Frankf. Ztg.“ weist ferner darauf hin, was das „Echo de Paris“ über die Lage in Deutschland schreibt und wie man in Paris die wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeit Deutschlands auszunutzen versucht:

Die Deutschen sind Patrioten bis zum Hals. In der Öffentlichkeit herauschen sie sich an löblichen Phrasen und nationalen Protesten, in Wirklichkeit aber denkt jeder nur an sich selbst. So wird heute das finanzielle Sanierungsprogramm sabotiert genau wie die Reparationen sabotiert worden sind. Die Einziehung der Steuern hat noch kaum begonnen, und schon beginnt die Landwirtschaft gegen die ihr auferlegten Lasten Sturm zu laufen, obwohl gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren fast noch größere Verdienste zurückerlangen vermochte als die Industrie und sich seit Jahr und Tag von allen Lasten befreit hat, die ehemals auf Grund und Boden lagen. Aber die Industrie selbst steht in dem Kampf gegen die neuen Steuern hinter den Agrariern nicht zurück. Sie protestiert insbesondere gegen die Verbrauchssteuer. Tatsache ist, daß die Industrie heute zu einem großen Teil unter wenig vorteilhaften Bedingungen arbeitet infolge der unerschwinglichen Rohmaterialpreise, der unwahrscheinlich gestiegenen Löhne und des Mangels an Aufträgen. Die Industrie scheint es deshalb vorzuziehen, die Betriebe stillzulegen, um auf diese Weise ihr Vermögen in Erwartung besserer Zeiten intakt zu halten. Daß diese egoistische Politik ausschließlich den Kommunisten zugute kommt, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Unter diesen Umständen erscheint die Aufgabe, die der Kanzler Stresemann übernommen hat, nicht nur äußerst schwierig, sondern geradezu unlösbar. Da die Arbeitslosigkeit mit bedrückender Schnelle wächst und die Ursache schwerer Unruhen zu werden droht, erscheint die Situation der Regierung nahezu verzweifelt.

In Bayern nimmt — offenbar aus Furcht, daß eine freundliche Stellung der Bayerischen Volkspartei zum Kabinett Stresemann von der Demagogie der extremen Rechten gegen sie ausgenutzt werden könnte — die Presse dieser Partei eine mißtrauische Haltung ein. Der „Bayr. Kurier“ sagt, daß alles, was den Reichskanzler programmatisch über die Rücknahme seines Kabinetts auf das Eigenleben der deutschen Länder verprochen habe, bei der Zusammenfassung des Kabinetts praktisch keine Gewähr biete. Die „Bayerische Volkspartei“ erklärt, Stresemann werde die Bayerische Volkspartei soweit hinter sich haben, als er gewillt sei, seiner Außenpolitik einen starken nationalen Einschlag zu geben, in seiner Innenpolitik der Eigenstaatlichkeit der Länder Bewegungsfreiheit zu lassen und den ernsthaften Willen zu zeigen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Grundlage der Gerechtigkeit zu meistern.

Reichskanzler Stresemann beabsichtigt, in den nächsten Tagen nach Stuttgart zu reisen, um mit der württembergischen Regierung Fühlung zu nehmen.

Politische Neuigkeiten

Der neue Reichspostminister

Der Reichspräsident hat das Mitglied des Reichstags Dr. Hille (Zentr.) zum Reichspostminister ernannt. Als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern ist der Geh. Reg. Rat im Reichsjustizministerium Zweigert in Aussicht genommen. Wie Berliner Blätter melden, ist Geheimrat Kalle, bisher im Staatsministerium für die öffentliche Ordnung, zur Pressechef der Reichsregierung vom Reichspräsidenten ernannt worden. Ministerialdirektor Kalle, ein Bruder des rheinischen Großindustriellen, ist bisher politisch nicht hervorgetreten.

Die Reichseinnahmen im Juli 1923

Beizogen nicht weniger als 4002,66 Milliarden und bedeuten doch gegenüber der Ausgaben der gleichen Zeitabschnitte nur wenige Prozent. Alles übrige müßte im wesentlichen der Notdruck mit seinen vernichtenden Folgen vollbringen. Die Wirkung der neu beschlossenen steuerlichen Maßnahmen kann natürlich erst später, in vollem Umfange erstmals im Oktober-Ausweis, sichtbar werden. Die Wirkung automatisch der Gebührentragung folgender Steuern wird aber an einigen auf diese Anpassung bereits früher eingestellten Steuern auch schon jetzt sichtbar. Gierher gehören vor allem die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, die Kapitalverkehrssteuer, die Kohlensteuer, die Beförderungssteuer, die Zölle und die Ausfuhrabgaben. Bei der Einkommensteuer steht die Lohnsteuer, zumal der Juli für die Veranlagungssteuer im wesentlichen ausreicht — erst der August wird hier gewaltiges Anwachsen bringen — mit 1186,38 Milliarden gegenüber nur 99,98 Milliarden anderer Einkommensteuer an weitaus erster Stelle. Gegenüber 7,60 Milliarden Gesamteinnahme aus Einkommensteuer im Juli v. J. bedeutet die August-Einnahme nahezu das 170fache. Die Körperschaftsteuer brachte 90,94 Milliarden mehr. Die Umsatzsteuer stieg um nahezu das 200fache auf 1020,53 Milliarden. Stark wachsende Erträge zeigen auch die Kapitalertragssteuern, ferner die Zölle (einschließlich Aufgeld), die rund 602 Milliarden Mehrertrag aufweisen. Die Kohlensteuer (+ 144,48), Tabaksteuer (+ 312,47) und die Ausfuhrabgaben (+ 158,12) Milliarden. Insgesamt brachten fortbauernde Steuern mit 2768,38 Milliarden ein Mehr von 2749,24 Milliarden (d. i. das 195fache), Zölle und Verbrauchssteuern mit 1138,69 Milliarden ein Mehr von 1133 Milliarden (d. i. das 200fache). Die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres weisen 7002,02 Milliarden Einnahmen aus, d. i. gegen 70,13 Milliarden des gleichen Vorjahresabschnitts rund das 180fache. Auf Zwangsanleihe gingen daneben im Juli rund 13, in den ersten vier Monaten insgesamt 253,96 Milliarden ein.

Das deutsche Volkopfer bedarf weiterer Mittel

Die Erhebung der Rhein- und Ruhrabgabe rief vielfach die Auffassung hervor, daß die Aufgaben, die das deutsche Volkopfer (Rhein- und Ruhrabgabe) bisher erfüllt hat, nunmehr aus den Erträgen der neuen Steuern finanziert würden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Sammlungsgelder des deutschen Volkopfers nicht zur Deckung staatlicher Ausgaben für das besetzte Gebiet, wie Kreditgewährung und Sicherstellung der Lebenshaltung, bestimmt sind. Alle Ausgaben dieser Art wurden auch vor dem Erlaß der neuen Steuerergänzung aus Reichsmitteln bestritten. Das deutsche Volkopfer dient rein karitativen Zwecken. Würden die Spenden zum deutschen Volkopfer aufhören, so würde das ganze große Gebiet der Wohlfahrtspflege, das nach Verichten aus dem besetzten Gebiet überhaupt im wesentlichen der Tätigkeit des deutschen Volkopfers seinen Fortbestand verdankt, schmerzlich, vielleicht überhaupt zum Erliegen kommen. Das deutsche Volkopfer bedarf daher zur Fortführung der Wohlfahrtsaufgaben unbedingt weiterer, erheblicher Geldmittel. Die notleidenden Kinder, Gefangenen und Ausgewiesenen haben ein Recht, ein Opfer zu fordern. Die wirtschaftliche Not, die auch im unbesetzten Gebiet viele betroffen hat, ist immer noch gering gegenüber den Leiden, welche die Bevölkerung im besetzten Gebiet zu erdulden hat. Gelfe daher jeder auch weiterhin nach Kräften!

An weiteren Ruhrspenden aus dem Ausland sind eingegangen: Aus einer in Mexiko von Damen und Herren der Regierung mit Genehmigung des Herrn Finanzministers de la Huerta veranstalteten Sammlung 135 020 Pesos, aus Sibau weitere 41 980 000 M., aus Graz weitere 20 526 106 österr. Kronen, aus Wien weitere 42 343 610 österr. Kronen, 14 470 Mark und 5 tschechische Kronen, aus Moskau von Herrn Alwin Schönboigt 50 amerik. Dollar, von einem Zylinder 500 amerik. Dollar, aus Sarajewo weitere 2000 Dinar, aus Glasgow weitere 107,6 engl. Pfund und 70 000 M., aus Rom weitere 87 Lire, aus Budapest weitere 178 800 ung. Kronen und 12 501 Mark, aus Petersburg weitere 15 975 Rubel und 55 Dollar. An sonstigen Spenden sind eingegangen: Von Albert Wehde in Chicago zur Verfügung der Oberbürgermeister von Dortmund und Bünde i. Westf. je 100 Dollar und 300 Dollar für verschiedene Wohlfahrtsunternehmungen, von Frau Baronin Catarina Kalli weitere 400 Lire für notleidende Berliner Frauen.

Die Gehalts- und Lohnfragen

In der Frage, ob der Modus der vierteljährlichen Vorauszahlungen bei den Beamtengehältern wird aufrechterhalten werden können, wird das Reichskabinett in den nächsten Tagen eine Entscheidung fällen. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es beschließen wird, dem Reichstag eine Vorlage über die Verringerung der Vierteljahreszahlungen zugehen zu lassen. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat den Beamtenvereinigungen erklärt, daß angesichts der schwierigen Finanzlage an die Stelle der vierteljährlichen Vorauszahlungen vorübergehend eine monatliche Gehaltszahlung erfolgen müsse. Bei der gegenwärtigen Zahlungsmethode entsetze für

die Reichsfinanzverwaltung die ernstliche Gefahr, überhaupt zahlungsunfähig zu werden. Zur Zeit sei für die Beamten Gehaltszahlungen geboten, ihre Gehaltsbezüge in der Goldmarkenwertbeständig anzulegen. Im Gegensatz zu den in letzter Zeit verbreiteten Pressenmeldungen erklärte Minister Hilferding, daß an eine Änderung des Grundgebhalts nicht gedacht werde.

Die Staatsarbeiterlöhne werden nach einem neuen Verfahren festgesetzt, um die Häufung der Nachzahlungen zu vermeiden oder möglichst ganz auszuschalten. Der Lohn wird künftig jeden Dienstag auf Grund zuverlässiger, indermäßiger Unterlagen festgesetzt und soll am Freitag der laufenden Woche zur Auszahlung kommen. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter führten zu einer Festlegung der Lohnhöhe auf 1500. Hiernach wird in der Ortsklasse A der Stundenlohn des Handwerkers 581 000 M., der des ungelernen Arbeiters 540 000 M. betragen.

Die Reichsindexziffer

Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20. bis 27. d. M. um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1 183 434 gegen 753 733 in der Vorwoche. Die Steigerung ist auf Grund der Preisnachtreue von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich infolge des Anschlusses an den nur vierzehntägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden ein anderer Teuerungssatz (72,5 Prozent) ergeben als der aus dem einfachen Mittel in den Wochenberichts-Städten errechnete (54 Prozent). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da die neue Teuerungszahl aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt.

Die Teuerungssätze betrug (1913/14 = 1) 1923: Jan.-Durchschnitt 1120, März-Durchschnitt 2854, Stichziffern: 25. April 3061, 16. Mai 3737, 13. Juni 6960, 20. Juni 9272 (83 Proz.), 27. Juni 11785 (+28 Proz.), 4. Juli 16180 (+34,3 Proz.), 11. Juli 21511 (+38 Proz.), 18. Juli 28802 (+34,3 Proz.), 23. Juli 38836 (+36,1 Proz.), 30. Juli 71476 (+181,7 Proz.), 6. Aug. 149531 (+109,2 Proz.), 13. Aug. 436935 (+192,2 Proz.), 20. Aug. 753733 (+72,5 Proz.), 27. Aug. 1183434 (+57,0 Proz.).

Neue Brotpreiserhöhung

Berlin, 29. Aug. (Mitteil.) Mit Wirkung vom 3. September wird gemäß einem Beschluß des Reichskabinetts der Marktpreis der Reichsbrotbrotbäckerei für das von ihr an die Kommunalverbände zur Marktbrotbrotbäckerei gelieferte Getreide für die Woche auf 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht. Seit der letzten Erhöhung am 23. Juli sind infolge der außerordentlichen Marktentwertung die sonstigen Kosten des Marktbrotbrotbäckerei gestiegen, daß sie in ein nicht weiter erträgliches Verhältnis zu dem Getreideabgabepreis geraten sind. Der Anteil des Mehlens am Brotpreis beträgt nämlich in der Woche vom 20. August ab nur noch etwa 4 Prozent des Marktbrotbrotbrotbäckerei gegenüber 96 Prozent sonstigen Unkosten während er in normalen Verhältnissen vor dem Kriege im Durchschnitt etwa 61 Prozent gegen 39 Prozent sonstige Unkosten ausmachte. Durch diese Entwertung entsetzt für die Reichsbrotbäckerei ein immer mehr sich steigender Verlust, der ein Festhalten an dem bisherigen Getreidepreis ausschließt und ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Gesundung unserer Geld- und Finanzverhältnisse darstellt. Auch nach der Erhöhung wird der Abgabepreis nur etwa den vierten Teil des bezugsfreien Getreidepreises ausmachen. Das Marktbrot wird unter Zugrundelegung der Berliner Verhältnisse vom 3. September ab voraussichtlich etwa die Hälfte vom dem Mehl, was für die gleiche Menge freien Getreides bereits vom 22. August ab zu zahlen war.

Die sozialistische Arbeiterinternationale zur Ruhrfrage

Der Sekretär der Exekutiv der sozialistischen Arbeiterinternationale Tom Shaw, der an der Spitze einer Delegation die Verhältnisse im Ruhrgebiet eingehend studiert hat, hat über seine Eindrücke an die Exekutiv einen Bericht erstattet. Dem „Vorwärts“ zufolge wird darin auf den außerordentlichen Ernst der Lage hingewiesen.

Wenn die Dinge so weiter gingen, könne es nicht lange dauern, bis die Städte im Ruhrgebiet ebenso ausfallen wie die Städte in Osteuropa unmittelbar nach dem Kriegsende. Die Stellungnahme der Vertrauensmänner der Arbeitererschaft sah Tom Shaw in einer Reihe von Sätzen zusammen, in denen es heißt: Keine Regelung ist annehmbar, die nicht den Arbeitern die Freiheit gibt, die sie auch unter der französischen Besatzung verlangen; ohne daß weiter die ausgewiesenen und eingekerkerten Arbeiter nach Hause zurückkehren können; die gegenwärtige Unfreiheit, die es ermöglicht, daß der Arbeiter auf plötzlichen Befehl von einem Augenblick auf den anderen ausgewiesen werden kann, muß aufhören. Was die Summe der Reparationszahlungen anlangt, so bedeutet für die Ruhrarbeiter eine einige Millionen Goldmark nicht allzu viel. Was sie verlangt ist, daß die Güterverteilung und Verteilung in deutschen Händen bleibt und daß französische und belgische Rajonette in keiner Weise dazu verwendet werden, die Leute zur Arbeit zu zwingen. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden könnten, wären die Ruhrarbeiter bereit, den passiven Widerstand morgen aufzugeben.“ Tom Shaw fügt als persönliche Ansicht hinzu, in erster Linie scheint es ihm von entscheidender Wichtigkeit zu sein, daß Verhandlungen über eine Regelung alsbald aufzunehmen, weil sonst die Gefahr einer Explosion der Bevölkerung zu befürchten sei. Es bestoße, wenn nicht so schnell wie möglich Verhandlungen im Ruhrgebiet beginnen, die Gefahr eines furchtbaren Ausbruchs. Die Ruhrbevölkerung ist zu einem vernünftigen Kompromiß durchaus bereit. Die Ruhrarbeitererschaft erkennt, daß sie unmöglich erwarten kann, daß die Franzosen ohne vorhergehende Regelung das Ruhrgebiet verlassen, und ist daher, sobald Garantien für eine halbwegs vernünftige Regelung gefunden und die Freiheit zur normalen Arbeit gesichert ist, vollständig bereit, den passiven Widerstand aufzugeben.

In einer gemeinsamen Sitzung des Generalrates des britischen Gewerkschaftskongresses und des Nationalen Vollzugsrates der Arbeiterpartei in London wurde dazu eine Entscheidung angenommen, in der bedauert wird, daß die französische Regierung die Absicht habe, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortzusetzen und in der weiter bedauert wird, daß Frankreich eine unparteiische Untersuchung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands abgelehnt habe. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei nicht auf Anweisung von Berlin zurückzuführen, sondern die spontane Kundgebung eines Volkes, das sich weigert, den Diktator der bewaffneten Macht zu gehorchen. Die Entscheidung fordert endlich die britische Regierung auf, energisch in ihren Bemühungen zur Wiedereröffnung von Verhandlungen zum Zweck der Herbeiführung einer Regelung zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien zu verharren.

Italienisches Ultimatum an Griechenland

Nach Meldungen italienischer Blätter ist die in Albanien mit der Absetzung der Südgrenzen Albanien beschäftigte italienische Militärmission auf griechisches Gebiet von der Bevölkerung überfallen und niedergemacht worden. Die Tat hat sich in der Umgebung von Korça abgespielt. Es wurden dabei die 5 Mitglieder der italienischen Militärmission mit dem

General Teitel an der Spitze ungebracht. Die Mitglieder der französischen und der englischen Mission schienen unversehrt geblieben zu sein. Sie wurden durch die Bevölkerung vertheidigt, den Italienern zu Hilfe zu kommen.

Die italienische Regierung hat Griechenland durch ihren Gesandten in Athen eine Note überreichen lassen, in der sie in Form eines Ultimatus verlangt:

1. Offizielle und umfassende Entschuldigung bei der italienischen Regierung durch die Gesandtschaft in Athen durch die höchsten griechischen Militärbehörden.
2. Feierliche Bestätigung der Opfer des Gemetels in der katholischen Kathedrale in Athen unter Beteiligung aller Mitglieder der griechischen Regierung.
3. Im Hafen von Athen sind der italienischen Flotte von der griechischen Flotte die üblichen Ehren zu erweisen. Es wird sich sofort eine italienische Marinebrigade dorthin begeben. Die Begleitung hat durch 21 Schiffe zu erfolgen.
4. Eine strenge Untersuchung muß von den griechischen Behörden an Ort und Stelle des Gemetels unter Mitwirkung des italienischen Attaches des Obersten Perone, vorgenommen werden, wobei die griechische Regierung für die persönliche Sicherheit dieses Militärs Gewähr leisten muß. Die Untersuchung ist innerhalb von fünf Tagen nach Annahme dieser Forderungen vorzunehmen.
5. Exemplarische Bestrafung aller Schuldigen.
6. Eine Entschuldigung von 50 Millionen italienischen Lire muß innerhalb von fünf Tagen nach Übergabe dieser Note geleistet sein.
7. Bei der Entdeckung der Leichen auf dem italienischen Schiff „Revefa“ sind den Leichen militärische Ehren zu erweisen.

Die italienische Regierung verlangt von Griechenland Antwort binnen kürzester Frist. Die „Epoca“ meldet aus Tan nt, daß von dem dort stationierten italienischen Gesandten ein Teil des Befehls erhalten habe, die Minen über abzubrechen und sich sofort kriegsbereit zu machen, um jeden Augenblick in See gehen zu können. Außerdem seien ein Regiment Infanterie sowie Garabateri bereitgestellt worden. Der Marineminister sei aus seinem Urlaub nach Rom zurückgekehrt und habe eine Besprechung mit Mussolini gehabt.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Arztetag abgelaufen. Mit Rücksicht auf die Teuerung hat der Vorstand des Deutschen Ärztevereins beschlossen, die auf Mitte September in Bremen einberufene Mitgliedserversammlung nicht stattfinden zu lassen.

Die Berliner Zeitungen haben den Verhältnissen entsprechend, ihre Abonnementspreise erheblich hinaufgesetzt. Die bedeutenden Berliner Blätter kosten bereits etwa zwei Millionen Mark in der Woche.

Die Notlage im Buchgewerbe. Die Stuttgarter Verlegervereinigung hat an den Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig eine einstimmig gefasste Entschuldigungsentscheidung geschickt, in der die Verleger erklären, daß sie infolge der überführten Teuerung außerstande sind, die Vertriebsmittel für die Anforderungen aufzubringen, und sich genötigt sehen, die Produktion einzustellen.

Verfallene Reichsbanknoten. Betrüger haben Reichsbanknoten in den Verkehr gebracht, die durch einen Stempelaufdruck mit einer erhöhten Verlangung versehen worden sind. Vor der Annahme dieser verfallenen Noten wird gewarnt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß für alle Reichsbanknoten allein die im Schriftsatz enthaltene Verlangung maßgebend ist.

Eine Verleumdungsklage Rudendorfs. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ hätte vor einiger Zeit von Rudendorff als dem großen Kriegsberlängerer gepöbeld, weshalb Rudendorff gegen das Blatt nunmehr gerichtliche Klage wegen verleumderischer Mordrede angebracht hat. Dem Prozeß, der für Ende September angesetzt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, da die beklagte Partei Männer wie den Prinzen Max von Baden, den General Hoffmann, den österreichischen Generalmajor Graf Höberdorff und andere als Zeugen und Sachverständige laden lassen wird.

Wieder ein Todesurteil in contumaciam. Wie die Pariser Blätter melden, hat das Kriegsgericht in Nancy den deutschen Generalmajor Otto von Jeger, Kommandeur der 9. bayrischen Inf.-Brigade, wegen Brandstiftung, Wundenplünderung und Bewalttätigkeit in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Zur Sanierung Ungarns. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen wird sich am Samstag in Begleitung des Finanzministers Kallay nach Genf begeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident nach der Aufnahme seiner Wensur Besprechungen nach Paris reist, um bei einflussreichen Mitgliedern der Reparationskommission die Abänderung des Beschlusses über die Aufhebung des Generalpandrecht zu betreiben. In ungarischen Regierungskreisen rechnet man darauf, daß nach einer Beschlußfassung des Rikterbundes in der ungarischen Anleihefrage Ungarn eine kleine Anleihe zur Stabilisierung seiner Valuta erhalten werde.

Die ersten irischen Wahlen. Die Wahlen zum ersten verfassungsmäßigen Parlament des südirischen Freistaats sind am Montag in voller Ruhe vor sich gegangen. Die Wahlbeteiligung betrug 50-75 Proz. Obwohl die Ergebnisse nach einem verwideten Verhältniswahlssystem erst nach vierstägiger Arbeit bekanntgegeben werden können, nimmt man in Regierungskreisen in Dublin an, daß die Partei, die für den Friedensvertrag mit England eingetreten ist, eine ausreichende Regierungsmehrheit erhalten habe.

Badische Uebersicht
Der badische Städtebund an den Reichskanzler

DZ. Billingen, 29. Aug. Der erweiterte Ausschuss des badischen Städtebundes hat anlässlich seiner heute in Billingen abgehaltenen jährlichen Besetzung folgende Kundgebung an Reichskanzler Dr. Stresemann gerichtet:

Der badische Städtebund bittet den Herrn Reichskanzler, die Erklärung entgegenzunehmen, daß er mit vollem Vertrauen diejenigen Maßnahmen begrüßt, welche seit Antritt der neuen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet veranlaßt worden sind. Wenn auch die neuen Steuergebote einstweilig in roher Form verabschiedet worden sind und zu hoffen ist, daß sie in kurzer Zeit durch die Erfahrungen dem Wirtschaftsleben schmerzlicher angepaßt werden, so begrüßen wir es doch mit lebhafter Genugtuung, daß endlich der Versuch gemacht wird, den Haushalt des Reiches, der Staaten und der Gemeinden auf eine solide Grundlage zu stellen. Wir sind vollkommen überzeugt, daß nur hierdurch eine völlige Gesundung unseres deutschen Wirtschaftslebens sich ermöglichen läßt und daß auch eine erfolgreiche auswärtige Politik nur auf der Grundlage einer Gesundung unserer inneren Verhältnisse zu erwarten ist.

Die im badischen Städtebund vertretenen Städte bitten die Reichsregierung, fest auf der beschrittenen Bahn fortzufahren und versuchen diese ihrer vollen uneingeschränkten Unterstützung.

Ausstellung über Lehrlingsausbildung in der Metallindustrie in Karlsruhe

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltet eine Sonderausstellung, die eine Darstellung über die Ausbildung der Lehrlinge in Werkstatt und Schule in den metallindustriellen Betrieben des Bezirks der Handelskammer Karlsruhe geben soll. Bei der großen Bedeutung, welche die Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiterstandes für die deutsche Industrie hat, sind die Betriebe in den letzten Jahren dazu übergegangen, der Lehrlingsausbildung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es sind zu diesem Zweck teils besondere Lehrwerkstätten, teils Lehrkingsabteilungen eingerichtet worden. Um nun zu zeigen, wie die Ausbildung in systematischer Weise in den einzelnen Betrieben erfolgt, und um Anregungen für die weitere Verbesserung der Ausbildung zu geben, soll diese Ausstellung stattfinden. Ihr Charakter wird der einer Darstellung der Wertstoffe der Ausbildung sein. Hand in Hand mit der praktischen Ausbildung geht auch die Ausbildung in der Gewerbechule durch die Beteiligung der Gewerbechule gezeigt werden.

Die Ausstellung wird am 22. September vormittags in der Landesgewerbeschule Karlsruhe eröffnet. Am gleichen Tage finden nachmittags Vorträge und Tagungen süddeutscher Betriebs- und Lehrlingenieurvereine statt. Durch rege Beteiligung der Industriebetriebe und deren weitgehendste Förderung verpricht die Ausstellung eine sehr interessante Veranstaltung zu werden.

Zur Eisenbahntariferrhöhung

Anlässlich der Erhöhung der Personentariife der Reichsbahn auf 1. September 1923 kann mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29. bis 31. August gelöst sind, die Fahrt an einem beliebigen Tag innerhalb der vierstägigen Geltungsdauer, also gegebenenfalls auch noch nach dem 1. September angetreten werden. Das Gleiche gilt für Doppelportien und Fahrkarten zur Fahrt in umgekehrter Richtung auch für Beförderungsfahrten für Schulfahrten usw.

Eine Verlängerung der vierstägigen Geltungsdauer dieser Fahrkartenscheine tritt durch diese Maßnahme nicht ein.

Zur Entlastung der Schalter am 31. August werden alle vom 29. bis 31. August gelösten Fahrkarten mit dem 31. August abgehempelt. Sie gelten also ausnahmslos bis 3. September nachts 12 Uhr. Für den Schalterdienst und die Reisenden selbst ist es daher vorteilhaft, wenn diese mit der Lösung der Fahrkarten nicht bis zum 31. zu warten, sondern die Karten schon ab 29. August lösen. Fahrkarten zum jetzigen Preis werden nur bis zum Schluß der Schalter am 31. August, also spätestens bis nachts 12 Uhr dieses Tages ausgeben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der badische Landesmilchpreis. Wie uns das städtische Nachrichtenamt Mannheim mitteilt, beträgt der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) ab Montag 3. September 1923 für 1 Liter Vollmilch ab Stall 250 000 M.

DZ. Heidelberg, 29. Aug. Angezeigt wurde ein Kaufmann, weil er für einen Krugenknoß (!), den er nach dem Einkauf zu 20 000 M. verkaufen mußte, 84 000 M. gefordert hat. Ein weiterer Kaufmann gelangte deshalb zur Anzeige, weil er für eine Aluminiummischlampe 4 650 000 forderte, obwohl er nur zu einem Verkaufspreis von 60 000 M. berechtigt war.

DZ. St. Georgen (Schwarzwald), 28. Aug. (Todesfall.) Der Teilhaber der Firma T. Baerlele & Söhne, der Fabrikant Tobias Baerlele, ist unerwartet im Alter von 62 Jahren verstorben. Mit ihm hat die schwarzwälder Alpenindustrie einen ihrer namhaftesten Vertreter verloren.

DZ. Triberg, 28. Aug. Wieder verarbeitete Arbeiter der Jahresfabrik, der Kinder unter 14 Jahren hat, hat für jedes Kind von dem Fabrikanten Karl Schatz aus London den Betrag von 1 Million Mark erhalten. Herr Schatz hat bereits zu wiederholten Malen in gleicher oder ähnlicher menschenfreundlicher Weise sich betätigt.

DZ. Furtwangen, 28. Aug. Dem Vernehmen nach haben einige hiesige Fabrikbetriebe infolge Mangels an Aufträgen Kurzarbeit bis zu 8 Stunden angeordnet.

DZ. Sengen a. S., 28. Aug. Die mit der Massifabrik geführten Lohnverhandlungen haben bisher zu keiner Einigung geführt.

Schlusssatz, 20. Aug. Aus Gesundheitsrücksichten hat der hiesige Bürgermeister Johann Hilpert sein Amt niedergelegt.

DZ. Überlingen a. S., 28. Aug. Die Stadt Überlingen hat mit dem Bau ihres großen Speicherkraftwerkes schon manche sorgenvolle Tage durchmachen müssen. Die finanziellen Fragen schienen bei der Ausführung dieses großartigen Werkes immer wieder hemmend aufzutreten. Nachdem es nunmehr glücklich gelungen war, bereits einen Teil des Wertes in Betrieb zu setzen, ist eine neue schwere Sorge eingetreten. Ein 10 Meter langes und 90 Zentimeter dickes Rohr der Zuführungsmaschine ist zerbrochen. Der Schaden ist enorm, zumal Ersatz schwer erhältlich ist.

DZ. Aus dem Elß; Im hinteren Müstertale ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Auch auf den nächsten Höhen hat sie bereits einen sehr bedenklichen Umfang angenommen. Die Landwirte treiben daher das Vieh von den Bergen Talwärts. Ihr Viehbestand hat die Folgen des Krieges noch nicht überwunden und wird jetzt von dieser neuen schweren Gefahr bedroht.

Aus der Landeshauptstadt

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches. Die Zeichnungen gehen, wie wir von unterrichteter Seite hören, in recht befriedigender Weise ein. Es scheint, daß die ersten Ermahnungen, die von Regierungsstellen, von wirtschaftlichen Organisationen und von hervorragenden Persönlichkeiten aus Handel und Industrie an Kapital und Wirtschaft ergangen sind, auf fruchtbareren Boden fallen, und daß immer mehr die Erkenntnis durchdringt, daß ein günstiges Ergebnis der Zeichnung im dringenden allgemeinen Interesse liegt, das in diesem Falle mit den privaten Interessen auf das engste verknüpft ist. Aber auch die Vorteile der Anleihe werden immer mehr erkannt: die gesamte Wirtschaft sowie jeder, der über zuverlässiges Vermögen verfügt, lassen für Kapital und Zinsen der Anleihe. Ihre Sicherheit steht daher außer Zweifel. Durch die Wertbeständigkeit bleiben ererbte oder nur vorübergehend anzulegende Mittel in ihrer Kaufkraft erhalten. In

Ermangelung sicherer wertbeständiger Anleihen haben häufiger Kreise, die dem Vorkriegsgeld fernstanden, zum Zweck der Erhaltung ihrer Vermögenssubstanzen Spekulationsgeschäfte getätigt. Das große Risiko solcher Geschäfte kann durch die Anlage verfügbarer Gelder in der Wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches vermieden werden. Spefen entstehen nicht, da bei der Zeichnung keine Gebühren zu entrichten sind.

Bei der heute erforderlichen starken Belastung der Steuerzahler sind die mit der Zeichnung verbundenen wichtigen und wertvollen Privilegien von nicht zu unterschätzender Bedeutung — Erbschaftsfreiheit, falls die Anleihebeträge selbstgezeichnet sind.

Einen weiteren Vorteil bietet die sofortige Bezahlbarkeit bei den Darlehensklassen sowie die Möglichkeit der Hinterlegung für Kautionszwecke.

Die Anleihe ist für alle Kreise geeignet und wird einen sehr großen Markt erhalten. So hat zum Beispiel der Landwirt die beste Gelegenheit, die Wertbeständige Anleihe gegen wertbeständige, aber verderbliche und zufällig ausgeschaltete Waren zu übernehmen. Er kann dann zu jeder ihm genehmen Zeit durch die Verzäuerung der Anleihe notwendige Betriebsmittel sich verschaffen.

Mit der Ausgabe der Stücke wird in Kürze begonnen werden.

Das Sammeln von Leesholz

Von zuständigen Stelle wird uns geschrieben: Das Sammeln von Leesholz, das früher in mäßigem Umfange von der armen Bevölkerung im Harz und Wildpark (beides sind jetzt Staatswaldungen) geübt wurde, hat in letzter Zeit infolge der Knappheit der Brennstoffmittel einen solchen Umfang und derartige Formen angenommen, daß es im Interesse der Erhaltung des Waldes, der Förderung seiner Leistungsfähigkeit und damit auch der Allgemeinheit gelegen ist, Vorkehrungen zu treffen. In den §§ 22, 23 und 119 des Forstgesetzes sind die Bestimmungen über das Leesholz sammeln enthalten. § 22 sagt: Das Abstreifen der Rinde an stehenden Bäumen ist verboten; jedoch dürfen bei dem Sammeln des Rast- und Leesholzes dürre Äste mit der Hand ohne Anwendung von Werkzeugen abgenommen werden. Zur Sammlung des Rast- und Leesholzes sind vom Waldbesitzer im Einverständnis mit dem Forstamt bestimmte Wochentage und die jeweiligen Distrikte festzusetzen; § 23 Absatz 2: Das Rast- und Leesholz darf im Walde (d. h. außerhalb der Wege) nicht geföhrt, sondern nur getragen werden. § 119: Unter Rast- und Leesholz wird das natürlich abgestorbene geringe Holz verstanden, welches entweder auf dem Boden liegt, oder mit der Hand ohne Anwendung von Werkzeugen gewonnen werden kann. Es darf nicht mehr als Leesholz gesammelt werden, als der Sammelnde für seine eigene Haushaltung nötig hat.

Diese Bestimmungen werden beim Leesholz sammeln durchweg übertreten. Mit Geschirren und Werkzeugen aller Art, Beilen und Sägen werden ganze Stämme umgehakt und umgestügt; mit Reishaken, die verschiedentlich an Stangen von großer Länge angebracht sind, werden dürre und grüne Äste mit großer Gewalt heruntergerissen. Gerade das Abstreifen des Leesholzes mit Reishaken ist ganz besonders verwerblich für die Bäume, da durch das Reihen schwere Wundungen entstehen, durch welche die Fäulnis in die Bäume eindringt und ihren Wert bedeutend herabsetzt. Auch hält sich niemand an die von der obersten Forstbehörde festgelegte Stärke von höchstens 7 Zentimeter; sehr häufig wurden Leesholzstämme betroffen, die Holz von Krügelholz- und Scheitholzstärke entwendet haben.

Beim Leesholz sammeln wird ferner vielfach die Rinde von stehenden Bäumen abgeschält. Das Schälen ist außerordentlich schädlich und bringt fast immer die geschälten Bäume zum Absterben. Auch dieses rote und geradezu gemeinschädliche Treiben muß abgestellt werden.

Ganz besonders zu tadeln ist aber, daß das Leesholz vielfach von Reuten gesammelt wird, die nicht zu den armen Kreisen der Bevölkerung gehören. Leute, die jung und kräftig und durch ihren Verdienst recht gut in der Lage wären, Holz zu kaufen, sammeln Leesholz und berauben die wirklich Armen und Bedürftigen der einzigen Möglichkeit, sich den allernötigsten Brennstoff zu beschaffen um vor dem Fortschickpersonal sicher zu sein, nehmen sie Hunde mit, die bei Annäherung von Personen sofort anschlagen und den Besitzer warnen. Ganz verwerflich ist auch das Sammeln von Leesholz, wenn es in der gewinnstüchtigen Absicht geschieht, dasselbe um sehr hohen Preis zu verkaufen. Solche Fälle sind mehrfach festgestellt.

Es fordert sonach nicht nur der Schutz des Waldes, sondern auch das Interesse der Volksgemeinschaft und des kaufmännischen Teiles der Bevölkerung dringend die Bekämpfung solcher sehr bedenklichen Zustände. Deshalb werden über das Leesholz sammeln erneut forstpolizeiliche Bestimmungen erlassen und durchgeführt werden, welche die eingerissenen Zustände beseitigen sollen. In erster Linie wird das Leesholz sammeln unter allen Umständen von einer forstpolizeilichen Erlaubnis, welche in Form eines Leesholz scheines erteilt wird, abhängig gemacht. Der Leesholzschein wird nur nach einer Prüfung der Verhältnisse der Gesuchsteller durch das Fürsorgeamt oder den Ortsarmerrat ausgestellt. Als Leesholz darf nur das natürlich abgestorbene Holz mit der Hand ohne Anwendung von Werkzeugen gewonnen werden; die Stärke des Leesholzes darf 7 Zentimeter nicht überschreiten. Die Verwendung von Werkzeugen jeder Art — also auch von Reishaken — ist verboten. Leesholz darf nur bei Tag gesammelt werden. Das Mitnehmen von Hunden beim Sammeln ist verboten. Der Sammelnde darf nicht mehr Leesholz nehmen als er für seine eigene Haushaltung nötig hat. Der Verkauf von Leesholz ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen die Leesholzordnung werden nach dem Forststrafgesetz bestraft.

Alle weiteren Bestimmungen werden noch bekannt gegeben oder sind auf den Leesholz scheinen vermerkt.

Grober Unfug betrunkenen Franzosen. Am 28. August, abends zwischen 9 und 10 Uhr, trieben zwei angetrunkene französische Soldaten von der Wache am Rheinhafen dadurch groben Unfug, daß sie in der kleinen Federbachstraße und in der Pfalzstraße vorübergehende Personen nach Ausweispapieren fragten und sie dann in das Gesicht schlugen. Als die beiden diensttuenden Polizeibeamten von dem Vorfall hörten, begaben sie sich sofort nach der Pfalzstraße, wo sie die angetrunkenen Soldaten vor der Wirkschaft zur Linde festhielten und sie wegen ihrer Ausschreitungen zur Rede stellten. Gleich darauf erschienen zwei andere französische Soldaten, die nächsten waren und von dem Vorfall Kenntnis erhalten hatten. Diese versicherten, daß sie die beiden Soldaten den Kommandanten melden wollten. Die beiden betrunkenen Soldaten verbrachten sie dann nach dem Wohnwagen an der Albbücke. Durch den Vorfall sammelte sich eine größere Menschenmenge an.

Südbadisches Konzerthaus. Infolge des außerordentlich starken Erfolges wird die Operette „Käsa die Kängerin“ nach heute Donnerstag gegeben. Die Ertaufführung der Operette „Der verliebte Leute“ von Kümmele findet nunmehr Freitag, den 31. August, statt. Samstag wird „Der verliebte Leute“ wiederholt. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt nachmittags 3¼ und abends 7¼ Uhr wird die Operette „Der verliebte Leute“ aufgeführt, womit die diesjährige Spielzeit ihr Ende erreicht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 30. August vordrücklich

Tendenz: steigend.

	30. August	Amst. Kurs vom 29. Aug.	Amst. Kurs vom 29. Aug.
Amsterdam	2 980 000	2 932 500	2 947 350
Kopenhagen	1 900 000	1 335 500	1 403 500
Italien	437 000	323 190	321 810
London	46 000 000	33 915 000	34 085 000
Dollar	10 100 000	7 481 500	7 518 500
Paris	575 000	430 920	433 080
Schweiz	1 820 000	1 356 600	1 363 400
Prag	297 000	219 450	220 550

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Zum neuen Sturz der Mark führt die „Prf. Ztg.“ u. a. aus: Der deutsche Devisenmarkt zeigt wiederum unter starker Spannung der Devisenanfrage eine äußerst ungünstige Entwicklung des Marktwertes. Der Dollar hatte bereits am Mittwoch in Frankfurt a. M. das Niveau von 8 1/2 Millionen überschritten, das Pfund hat 40 Mill. Mark erreicht. Trotz den auf Sanierung der Reichsfinanzen und auf Wertschöpfung ansehnlicher Devisen-Reserven gerichteten Bestrebungen der Reichsleitung hat sich diese Marktlage nicht vermeiden lassen. Ihre allgemeine Erklärung findet die dauernde überaus ungünstige Disposition des deutschen Währungsmarktes in den jedem Auge sichtbaren allgemeinen Verhältnissen in Deutschland. Nach können zudem die neuen Finanzmaßnahmen der Regierung nicht wirksamen Einfluss ausüben. Wir leben in einer Entwicklungsphase, in der sich noch all das, was bisher in den Reichsfinanzen verfaulend worden ist, scharf auswirkt, in der sich auch die inflationsfördernden Bestrebungen mit scharfen Folgen fühlbar machen. All das hat es nicht dazu kommen lassen, daß dem Devisenmarkt eine Entlastung zu Teil wurde, wie sie an sich aus der Entschlossenheit der Reichsleitung zu einer entschiedenen Steuerpolitik hätte hervorgehen können. Die Trostlosigkeit der außenpolitischen Lage trägt das Ihre dazu bei. Dazu kommt, daß die Devisenanforderungen aus dem Ausland einfach unerschütterlich groß sind. Sie sind um so drückender, als die Arbeitslosigkeit auch im besetzten Gebiet unter den vielfältigen Verkehrs- und sonstigen Störungen, unter dem Rückgang der allgemeinen Kaufkraft keineswegs so große Devisenanfrage für Importbedürfnisse zu rechtfertigen scheinen. Es wäre unerhört, wenn tatsächlich, wie vielfach vermutet wird, die großen Finanzbehörden, die das Reich als Entschädigung dem besetzten Gebiet gewährt, dort von gewissen Interessenten zur Substanzvermehrung mittels Devisenanfrage oder weitgehender Bevorratung mit Devisen verwendet würden. Aus dieser Richtung scheinen erhebliche Gefährdungen der Devisenlage zu erwachsen. Wenn in den letzten Tagen die Devisen-Nachfrage auch aus dem unbesetzten Deutschland in gewissem Umfang gesteigert war, so scheinen dabei zum Teil Forderungen für Devisenabgaben eine Rolle gespielt zu haben, welche die bevorstehende Zwangszeichnung von Devisen auf die Goldanleihe notwendig macht. Im ganzen wirken somit gegenwärtig vielfältige Einflüsse zusammen, um die höchst unerfreuliche Lage herbeizuführen, welche mit allen möglichen Wirkungen für die Lebenshaltung in Deutschland die bisher niemals erreichten Ziffern der Devisenpreise erkennen lassen.

Die Ausgabe der Stücke der neuen Goldanleihe (werbefähige Einlage des Deutschen Reichs) wird nach einer amtlichen Mitteilung etwa Mitte der ersten Septemberwoche beginnen.

* Karlsruher Börse vom 29. August 1923. Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Getreide- und Futtermittelmarkt in Verbindung mit den hohen Forderungen erschweren das Geschäft. Weizen 2 Millionen, Roggen 20-22 Millionen, Gerste (neu) 24-26 Millionen, Gerste (alt) 22-24 Millionen, Hafer (alt) 17-19 Millionen, Weizenmehl (zweihandig) 55 Millionen, Roggenmehl (zweihandig) 36-40 Millionen, Mehl (zweihandig) 11 Millionen, alles per 100 Kilo Frachtparität Karlsruhe. — Wein und Spirituosen: Stimmung lustlos, da die hohen Forderungen in Verbindung mit den Geldverhältnissen Abschlüsse erschweren. — Kolonialwaren: Tee, gewöhnlich 4 1/2 Millionen, mittel 5 1/2 Millionen, gut 6 1/2 Millionen, fein 7 1/2 Millionen, alles per 100 Kilo bezollt. Günstiger Posttag: 359 596 per Pfund. Kaffee, roh Santos 58, gebrannt 7 1/2 Millionen per Kilo bezollt. Günstiger Posttag: 1 133 470 per Kilo. — Schweinefleisch 2 7 Millionen, Salami 2 2 Millionen, Burma-Reis 650 000, Erbsen, gespalten 800 000, Graupen 700 000 per Kilo.

Vom Holzmarkt. Die Lage auf dem Holzmarkt ist weiterhin durch eine ungewohnte Geschäftslage gekennzeichnet. Am Weltmarkt scheint die Tendenz einen Umschwung erfahren zu haben. In Holland hat sich ein Sinken der Preise bemerkbar gemacht. Nur wenige Abschlüsse kamen zustande, und auch diese konnten nur durch Preisabzessionen seitens der Verkäufer erzielt werden. In Deutschland herrscht allgemeine Zurückhaltung der Käufer. In England macht sich die russische Konkurrenz wieder fühlbar geltend. In Frankreich sind die Preise gestiegen, doch sind diese mit Rücksicht auf den Stand des französischen Franken immer noch nicht rentabel. Für Brennholz zeigt Ungarn einiges Interesse. Für Holzstämme verzeichnet die tschechoslowakische Holzindustrie schweigerische Nachfrage.

Edelbranntwein-Aktien-Gesellschaft Karlsruhe. Wie im Anzeigenteil dieser Nummer bekannt gegeben wird, ist unter Mitwirkung der Karlsruher Treuhand-Gesellschaft die Edelbranntwein-Aktien-Gesellschaft, Karlsruhe, Müppurrerstraße 34, gegründet worden. Als Gegenstand des Unternehmens, das handelsgerichtlich eingetragen ist, wird bezeichnet: Betrieb von Edelbranntwein und Likören aller Art, der Handel mit diesen Waren und allen hierzu notwendigen Rohmaterialien. Die Firma ist hervorgegangen aus der schon seit langem bestehenden Firma Hermann Schuler & Co. m. b. H. Den Vorstand bilden die früheren Inhaber der Firma, nämlich die Herren Hermann Schuler und Arthur Rau. Das Aktienkapital beträgt 100 000 000 Mark. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft, deren Aktien zum größten Teil von den Gründern selbst übernommen worden sind, gehören u. a. an: Direktor Raß von der Karlsruher Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Prof. Dinger und Frau Rau.

Amerikanische Vermittlungsgebühren. Der Bund der Auslandsdeutschen teilt mit: Es liegt Anlaß vor, nochmals darauf hinzuweisen, daß nach amerikanischen gesetzlichen Bestimmungen für die Vermittlung von Freigabe deutscher Vermögen in den Vereinigten Staaten durch amerikanische Rechtsbeistände oder sonstige Personen und Firmen nicht mehr als 3 Prozent Gebühren erhoben werden dürfen. Verschwiegenheit scheinen 5 Prozent und sogar mehr verlangt worden zu sein. Es wird um Mitteilung solcher Fälle an die Bundesleitung gebeten.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Dem Apotheker Heinrich Siebold in Freiburg i. Br. wurde die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer neu zu errichtenden Apotheke in Dinglingen (Amt Lahr) verliehen. Karlsruhe, den 25. August 1923.

Der Minister des Innern.

H. v. Dr. A. Jung.

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der Reichsversicherungsordnung.

Die mit Wirkung vom 13. August 1923 für den Bezirk des Oberversicherungsamts Karlsruhe festgesetzten Ortslöhne (vgl. Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — vom 10. August 1923 Nr. 184) werden mit Wirkung vom 1. September 1923 um 800 vom Hundert erhöht. Karlsruhe, den 28. August 1923.

Vab. Oberversicherungsamt.

Den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter betr.

Der mit Wirkung vom 13. August 1923 im Bezirk des Oberversicherungsamts Karlsruhe festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter (vgl. Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — vom 10. August 1923 Nr. 184) wird gemäß § 393a VVDG. mit Wirkung vom 1. September 1923 um 800 vom Hundert erhöht. Karlsruhe, den 28. August 1923.

Vab. Oberversicherungsamt.

Forstpolizeiliche Vorschrift über das Legeholsammeln. Mit Genehmigung der Forstverwaltung des Ministeriums der Finanzen wird auf Grund der §§ 22, 23, 119 des Forstgesetzes und § 28 des Forststrafgesetzes nachstehende forstpolizeiliche Vorschrift erlassen:

1. Das Legeholsammeln in den Staatswaldungen des Forstamts Karlsruhe-Gardt ist nur nach vorheriger Erlaubnis eines Legeholscheinens gestattet. Der Legeholschein wird auf Grund einer durch das Forstamt der Stadt Karlsruhe oder den Ortsarmenrat der Landgemeinden vorzunehmenden Prüfung der Vermögensverhältnisse und der Bedürftigkeit der Gesuchsteller jeweils auf ein Jahr ausgestellt und von den genannten Stellen ausgehändigt. Die ersten Scheine erhalten Gültigkeit bis 31. März 1924.

2. Die Anwendung von Werkzeugen jeder Art, insbesondere auch von Reißhaken, ist beim Legeholsammeln verboten.

3. Das Legeholsammeln ist nur am Montag, Mittwoch und Samstag jeder Woche erlaubt.

4. Alle weiteren beim Sammeln zu beachtenden Bestimmungen sind auf dem Legeholschein vermerkt.

5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden und die auf dem Legeholschein vermerkten Bestimmungen werden gemäß § 28 F.S.G. bestraft.

Diese forstpolizeilichen Vorschriften treten mit dem 1. Oktober 1923 in Kraft.

Karlsruhe, den 28. August 1923.

Forstamt Karlsruhe-Gardt.

Mark 22000 000

Fürstlich Fürstenbergische 4 1/2 % ige Teilschuldverschreibungen von 1913.

Unter Bezugnahme auf unsere im Juli 1923 veröffentlichte Bekanntmachung erklären wir uns bereit, mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Markentwertung die zum 1. Oktober 1923 ausgelosten, sowie die sämtlichen nicht ausgelosten bis zum 1. Oktober 1923 bei den unten verzeichneten Banken eingelieferten Teilschuldverschreibungen nicht mit 300%, sondern mit 100% ohne Stückzinsen, also mit Mk. 200 000 für das Teilschuldverschreibungstück von Mk. 2000

mit Mk. 100 000 " " " " " " " " 1000
" " 50 000 " " " " " " " " 500

einzulösen. Denjenigen Inhabern von Teilschuldverschreibungen, welche bereits zufolge der früheren Veröffentlichung ihre Teilschuldverschreibungen gegen Zahlung von 300% eingeliefert haben, werden wir die Differenz von 9700% nachzahlen.

Eine Börsenumsatzsteuer ist entgegen dem Wortlaut der früheren Bekanntmachung nicht fällig.

Die Einlösung erfolgt

- in Berlin bei der Deutschen Bank, Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Mitteldutschen Creditbank,
- in Frankfurt " " Deutschen Bank Filiale Frankfurt, Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Frankfurt, Deutschen Vereinsbank, Mitteldutschen Creditbank,
- in Mannheim " " Rheinischen Creditbank.

Heidelberg, im August 1923. B.742

Grundstücks- und Effekten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.

Rugholzverkauf. Die Gemeinde Söhenwart verkauft freihändig aus dem Gemeindegeld Abt. III 5 ihre Radelrundhölzer.

- Tammen-Stämme: 2.747
10 Stück I. Kl. mit 24,78 fm
30 " II. " " 52,79
59 " III. " " 61,98
30 " IV. " " 17,41
45 " V. " " 16,70

- Tammen-Abschnitte:
4 Stück I. Kl. mit 7,85
6 " II. " " 7,87
4 " III. " " 2,35

- Förten-Stämme:
8 Stück II. Kl. mit 12,86
31 " III. " " 27,96
17 " IV. " " 10,29
4 " V. " " 1,51

- Förten-Abschnitte:
1 Stück I. Kl. mit 1,38
9 " II. " " 11,29
6 " III. " " 4,18

265 Stück mit 261,24 fm
Alles in Massen. Angebote in ganzen Proz. der Landesgrundpreise vom November 1922 wollen bis

spätestens Samstag, abends 7 Uhr, verschlossen beim Gemeinderat eingereicht werden, die Genehmigung durch das staatliche Forstamt Söhenwart in Forstheim bleibt vorbehalten.

Der Gemeinderat.
Rahle.

Solides, ruhiges, kinderloses Ehepaar sucht sofort 1 leeres oder möbliertes

Zimmer

mit 2 Betten, wenn möglich mit Kochgelegenheit wegen zeitweilige Verablung zu mieten. Wäsche kann gestellt werden. B.744

Berein Creditreform Karlsruhe, Kaiserstr. 247.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit. T.581. Dreifach. Die Entmündigung des Privat-

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

zugunsten des württ. Taubstummenheims usw.

Bei der am 19. Juli 1923 stattgehabten Ziehung fielen nachstehende Gewinne auf die in Klammern stehende Zahl bedeutet den Gewinnbetrag:

- 1583 (5000), 1701 (10 000), 1728 (5000), 1750 (5000), 1812 (20 000), 6901 (100 000), 15289 (5000), 15484 (10 000), 22072 (5000), 22089 (5000), 22282 (5000), 22733 (5000), 30789 (5000).

Je Nr. 1000 gewinnen folgende 3 stellige Endnummern:

- 037, 056, 062, 440, 490, 637, 722, 783, 877, sowie die Vollnummern: 1241, 6566, 30445 80492.

Je Nr. 750 gewinnen folgende 3 stellige Endnummern:

- 015, 050, 055, 077, 147, 167, 273, 284, 295, 320, 338, 346, 373, 378, 382, 387, 401, 408, 414, 426, 434, 445, 478, 486, 523, 534, 541, 578, 620, 638, 641, 644, 649, 650, 673, 678, 713, 767, 782, 791, 813, 822, 851, 854, 859, 879, 880, 889, 920, 926, 957, 980, 982, 990, 993, sowie die Vollnummern: 1942, 15317, 22334.

Gewinnauszahlung durch die Firmen J. Schweibert, Stuttgart, Marktstr. 6 und Eberhard Jäger, Stuttgart, Friedrichstr. 56. B.744

Die Gewinne verfallen am 19. Oktober 1923.

Bekanntmachung.

Um dem Mangel an Geldscheinen abzuwehren, sind mit Zustimmung des Herrn Reichsministers der Finanzen bei Kohn- und Bekleidungsanstalten an die Arbeiter und Beamten der Reichsbahnverwaltung Notgeldscheine zunächst über 1 Million M. ausgegeben. Sie haben auf der Vorderseite folgenden Wortlaut in gotischer Schrift:

Deutsche Reichsbahn.
Eine Million Mark.

(Darunter in Schwabacher Frakturchrift den Vermerk: Dieser Schein wird an allen Kasien der Deutschen Reichsbahn wie gesetzliche Zahlungsmittel in Zahlung genommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst.)

Berlin, den 12. August 1923. T.588.
Der Reichsverkehrsminister.
Groener.

Zwischen den Worten „Deutsche“ und „Reichsbahn“ befindet sich ein gefülltes Raub, darunter in grünem Druck Reihe und Nummer. Rechts und links von der Unterschrift das Siegel des Reichsverkehrsministers. Der farbige Untergrund läßt links und rechts je einen 5 mm breiten Streifen des Wasserzeichenpapiers frei. Die Rückseite ist unbedruckt. Der Geldschein ist auf weißem Papier gedruckt und 74x130 mm groß.

In Kürze werden weitere Notgeldscheine über 2 und 5 Millionen Mark ausgegeben, die die Unterschrift des Reichsverkehrsministers „Groener“ tragen. Sämtliche Scheine werden an allen Kasien der Deutschen Reichsbahn, bei den Reichsbank- und Postanstalten in Zahlung genommen.

Alle Verkaufsstellen, Handel- und Gewerbetreibenden Behörden usw. werden gebeten, die Notgeldscheine gleich den Reichsbanknoten anzunehmen.

Die Regierungen der Länder sind um Zustimmung ersucht und haben diese zum Teil schon erteilt.

Berlin, den 22. August 1923.
Der Reichsverkehrsminister.
Dejer.